

Notstand in den überfüllten Gefängnissen Kaliforniens

Die Finanzkrise zwingt den Staat zu radikalen Massnahmen

Im kalifornischen Gefängniswesen herrschen unhaltbare Zustände. Die Behörden wollen aus Spargründen 27 000 Häftlinge entlassen; ginge es nach einem Richtergremium, müsste die Überbelegung der Anstalten gar noch stärker abgebaut werden.

Ursula Schnyder, Palo Alto

In Kalifornien bestreitet niemand, dass die Gefängnisse überfüllt sind. Gestritten wird aber darüber, wie die chaotischen Zustände in den Strafanstalten am besten in den Griff zu bekommen seien. Zusätzlich angeheizt wird die Debatte dadurch, dass zum Bersten volle Zuchthäuser auch finanzpolitisch kaum mehr vertretbar sind. Im Juli unterzeichnete Gouverneur Arnold Schwarzenegger ein Budget mit Kürzungen von insgesamt 24 Milliarden Dollar und gab bekannt, mit der vorzeitigen Entlassung nichtgewalttätiger Insassen 1,2 Milliarden Dollar einsparen zu wollen. Im August einigten sich beide Kammern der Legislative darauf, allerdings ohne eine einzige republikanische Stimme, im Verlauf der nächsten zwei Jahre 27 000 Häftlinge mit geringem Risikopotenzial vorzeitig aus der Haft zu entlassen und gleichzeitig das heute unterfinanzierte System der Bewährungshilfe zu verbessern.

Grausam und unzumutbar?

Anfang Oktober gab der Gouverneur in einem ersten Schritt einem neuen Gesetz seine Zustimmung, das den Weg ebnet, um aus Spargründen einen grösseren Teil der wegen geringfügiger Delikte einsitzenden Häftlinge als bisher in Distriktgefängnissen zu placieren. Er setzte sich damit über jene kritischen Stimmen aus dem republikanischen Lager hinweg, die die Massnahme als waghalsig bezeichnet hatten. In diesen weniger gesicherten, regionalen Haftanstalten sei die Ausbruchgefahr zu gross, wurde moniert. Keine Zustimmung fand in der grossen Kammer die Forderung des kalifornischen Senats, eine Sonderkommission einzusetzen, die die gängige Strafen- und Begnadigungsregelung einer soliden Prüfung unterzogen hätte. Dazu gehörte auch das Begehren, ältere und gebrechliche Insassen anstelle einer Inhaftierung unter beaufsichtigten Hausarrest zu stellen.

Einem dreiköpfigen Spezialgremium von Bundesrichtern gehen die Vorschläge der Abgeordneten jedoch nicht weit genug. Anfang August forderten die Richter die kalifornischen Behörden dazu auf, innert sechs Wochen einen Plan vorzulegen, wie die Gefängnispopulation noch wesentlich stärker, nämlich um rund 46 000 Insassen, redu-



Undatierte Aufnahme von Häftlingen des staatlichen Gefängnisses von Los Angeles, Kalifornien.

ziert werden könnte. Die Haftanstalten seien so stark überbelegt, dass die Zahl der Insassen mittlerweile 190 Prozent der ursprünglich ausgelegten Kapazität erreicht habe. Dies habe zu mangelhafter medizinischer Versorgung kranker und psychisch auffälliger Insassen geführt. Diesem Verstoß gegen den achten Verfassungszusatz, der grausame, unzumutbare Strafen verbiete, wirke ihre Auflage entgegen, begründeten die Richter ihre Anordnung.

Die Antwort des Gouverneurs kam in Form eines Rekurses beim Obersten Gerichtshof in Washington. Der kalifornische Staat lasse sich von der Bundesgerichtsbarkeit nicht zu überstürzten Handlungen zwingen, erklärte Schwarzenegger. Die Zahl der Gefangenen müsse reduziert werden, aber unverant-

wortliche Aktionen lasse er nicht zu. Für Kara Dansky, eine Expertin für Strafjustiz an der renommierten Stanford Law School, entbehrt der Rekurs nicht einer gewissen Ironie. Wolle Schwarzenegger mit seinem Rekurs durchkommen, werde er den Supreme Court davon überzeugen müssen, dass nicht die überfüllten Gefängnisse die alleinige Wurzel des Übels seien, sondern vielmehr die seit Jahren fehlende Führungskraft und Planung der kalifornischen Gefängnisverwaltung.

Abschreckender Kriminalfall

Wie viele Strafgefangene vorzeitig die Haftanstalten verlassen werden, ist nach dem Fall Dugard, der im August weltweites Aufsehen erregte, freilich ungewiss. Am 27. August war die 1991 im kalifornischen South Lake Tahoe entführte, damals 9-jährige Jaycee Dugard wieder aufgetaucht. Wie die Polizei berichtete, war das Mädchen dem inzwischen inhaftierten mehrfach vorbestraften Sexualverbrecher Phillip Garrido in die Hände gefallen, obschon dieser via GPS überwacht und von seinem Bewährungshelfer regelmässig besucht worden war. Während ihrer 18-jährigen Gefangenschaft hatte Dugard ihrem Peiniger zwei Töchter geboren. Diese von den Medien breitgewalzt, schwer erträglichen Fakten erwiesen sich als Wasser auf gewisse politische Mühlen.

Der Fall Dugard zeige mit aller Deutlichkeit, welche Gefahren auf die Bevöl-

kerung zukämen, würden wie Garrido Tausende von Häftlingen vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen, sagte der Republikaner Tom Harman stellvertretend für seine Parteikollegen. Wie sich gezeigt habe, seien die meisten Bewährungshelfer mit ihrer Aufgabe, im Alleingang Dutzende von Haftentlassenen zu überwachen, völlig überfordert. Die Demokraten konterten, von einer vorzeitigen Haftentlassung von Sexualverbrechern sei in ihrer Vorlage nicht die Rede, dafür vom Ausbau des heute unterfinanzierten Bewährungssystems.

Der kalifornische Strafvollzug befindet sich seit Jahren in der Krise. Bereits kurz nach seiner Wahl hatte Schwarzenegger dessen Reform als Priorität bezeichnet. 2006 verhängte er über die Gefängnisverwaltung den Ausnahmezustand, da die überfüllten Zuchthäuser insbesondere für die Angestellten ein unzumutbares Gesundheits- und Sicherheitsrisiko darstellten. Als Antwort verabschiedete die Legislative eine Gesetzesvorlage, die 1,2 Milliarden Dollar für neue Gefängnisbauten und Rehabilitationsprogramme freistellen sollte. Als es 2007 darum ging, die Sanierungen an die Hand zu nehmen und Häftlinge vorübergehend in den Anstalten benachbarter Gliedstaaten unterzubringen, scheiterte das Umzugsprojekt am Widerstand der Gewerkschaften und von Gangs innerhalb der Gefängnisse. Mehr als zwei Jahre später ist das Projekt immer noch nicht angelaufen. Die Details dazu konnten bis heute wegen der

kompromisslosen Haltung vieler Abgeordneter nicht ausgehandelt werden.

Bis sich die Verantwortlichen zu einer Lösung durchgerungen haben, werden deshalb Gefangenerevolten wie jüngst jene in Chino weiterhin für Schlagzeilen sorgen. In diesem Männergefängnis östlich von Los Angeles brach am 8. August eine Rebellion aus. Die Häftlinge schlugen das Mobiliar eines Schlafsaals kurz und klein und verprügelten sich gegenseitig mit Teilen von Bettgestellen. Erst nach elf Stunden gelang es den Sicherheitskräften, Ruhe herzustellen und die Verletzten zu versorgen. Chino gehört zu den Gefängnissen mit massiver Überbelegung. Seine geplante Kapazität liegt bei 3000 Häftlingen, es umfasst aber derzeit 5900. Gebaut wurden die 33 kalifornischen Zuchthäuser ursprünglich für 80 000 Insassen, heute beherbergen sie mindestens 156 000. In Zellen ist längst nur noch ein kleiner Teil der Inhaftierten untergebracht; Hunderte von Männern schlafen wegen Platzmangels in mehrstöckigen Etagenbetten, die in Essräume, Turnhallen und Gänge gepfercht werden.

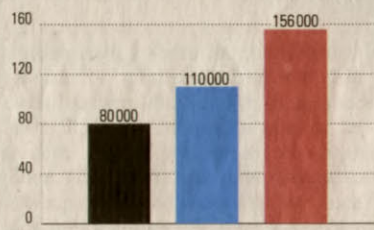
Keine Wiedereingliederung

Zu Ausschreitungen kommt es häufig, weil Mitglieder rivalisierender Gangs nicht getrennt, sondern in gemeinsamen Nachtquartieren untergebracht werden müssen. Das Gefängnispersonal sei teilweise korrupt und überfordert, geht aus Untersuchungsberichten über frühere Revolten hervor. Trotz Sicherheitskontrollen könnten deshalb immer wieder Mobiltelefone, die den Rädelführern das Planen der Aufstände erleichterten, in die Anstalten geschmuggelt werden.

In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin «Time» malt auch die ehemalige Chefin der staatlichen Gefängnisbehörde (California Department of Corrections and Rehabilitation, CDCR), Jeanne Woodford, ein düsteres Bild ihres früheren Betätigungsfeldes. Letztlich mangle es an allen Ecken und Enden an Geld. Der Unterhalt eines Hochsicherheitsgefängnisses koste jährlich 150 bis 200 Millionen Dollar. Dies seien Beträge, die aus politischen Gründen schon früher nicht ausreichend budgetiert worden seien, sagte Woodford, doch heute könne der kalifornische Staat sie schlicht nicht mehr aufbringen. Wiedereingliederungsprogramme gebe es kaum, und dies sollte die Kalifornier mindestens ebenso in Angst und Schrecken versetzen wie die vorzeitige Entlassung oder ungenügende Bewährungsaufsicht von Sexualverbrechern, sagte die frühere Chefbeamtin. Jeden Monat entlasse das CDCR rund 10 000 Häftlinge in die Freiheit, viele mit äusserst gewalttätigem Hintergrund, deren Charakter im bandenverseuchten Milieu hinter Gitter weiteren Schaden erlitten habe.

Überbelegung der Gefängnisse

Anzahl Insassen in Tausend



QUELLE: CDCR, BUNDESGERICHE

NZZ INFOGRAFIK/medi